

An die
Südwest Presse
Ulm

**Landesverband
Baden- Württemberg e.V.**
Geschäftsstelle
Am Hohengeren 12 • 70188 Stuttgart
Telefon: (0711) 4208-154
Fax: (0711) 4208-381
E-Mailanschrift: lv@dstg-bw.de

Vorsitzender: **Klaus Becht**
E-Mail becht@dstg-bw.de
Mobil 0151-50692622

Leserbrief zu dem Artikel „Bei Pensionen ist Luft zum Kürzen“ Vom 23.01.2012

Immer wieder wenn ich Äußerungen von Herrn Krahwinkel lese oder höre, frage ich mich, ist der Mann wirklich so unwissend oder polemisiert er einfach nur. Gerne erweckt er den Eindruck, er spräche für alle Steuerzahler; aber der Bund **der** Steuerzahler ist eigentlich nur der Bund **einiger** Steuerzahler - und darunter dürften Mitglieder aus der durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerschaft – also aus der ganz großen Masse der Steuerzahler - sehr dünn gesät sein.

Das ist auch nicht die Klientel von Herrn Krahwinkel. das sind in erster Linie Freiberufler und Gewerbetreibende und deren Interessen vertritt er auch vorrangig. Polemisieren über Beamtenpensionen kommt natürlich immer gut - bei fast allen. Was Herr Krahwinkel dazu nicht sagt, ist die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts vor nicht allzu langer Zeit, wonach die Verschlechterungen im Rentensystem bei Beamtenpensionen bereits überkompensiert wurden. Auch weiterhin werden Änderungen im Rentenbereich wirkungsgleich umgesetzt werden.

Ich bin mir sicher, Herr Krahwinkel hat mit seinem Arbeitgeber auch eine Pensionsvereinbarung abgeschlossen - und wahrscheinlich in einer Höhe, an die selbst Pensionen der obersten Beamten in den Ministerien nicht heranreichen. Was er wohl sagen würde, wenn man die nun einfach kürzen wollte? Natürlich ist der Personalkostenanteil am Landeshaushalt enorm hoch – und entsprechend kosten auch die Pensionen, für die Bund und Länder über Jahrzehnte weder Mark noch Euro zurückgelegt haben, obwohl den Beamten seit 1957 ein 7 %-iger „Arbeitnehmeranteil“ vom Gehalt einbehalten wurde.

Das Land erhebt den Anspruch für seine Bürger ein Servicebetrieb zu sein.

Service kostet Geld. Wenn wir also beim Landeshaushalt einsparen wollen, müssen wir die Serviceleistungen einschränken oder dafür Gebühren verlangen:

Wie wäre es denn wieder mit Schulgeld für weiterführende Schulen? Die Klientel von Herrn Krahwinkels Steuerzahlerbund könnte sich das ja leisten. Bei den 4 Millionen Arbeitnehmern im Land sähe das wohl meist anders aus.

Nur 15 % der Arbeitnehmerkinder studieren. Entsprechend groß ist die Zahl der Studierenden aus anderen Gesellschaftsbereichen, auch aus der Klientel von Herrn Krahwinkel.

Wie wäre es denn, wenn diese einkommensstärkeren Mitbürger für Ihre Kinder die tatsächlichen Kosten eines Studienplatzes (durchschnittlich etwa 15000 € pro Jahr) selbst bezahlen würden? Der überwiegende Teil der Personalkosten kommt nämlich aus dem Bildungsbereich.

Was den Bereich der Steuerverwaltung anbelangt, sollte sich Herr Krahwinkel mit der Realität befassen. Ohne Zweifel kommen die ganz großen Mehrergebnisse bei der Betriebsprüfung auch von den größten Konzernbetrieben. Für umfassende und vollständige Prüfungen fehlt aber auch hier bereits das Personal.

Während Arbeitnehmer ihren Beitrag an die Allgemeinheit mittels Lohnsteuer abgezogen bekommen und anschließend sich intensiv um die Rückzahlung zu viel einbehaltener Steuer bemühen müssen, werden z.B. Mittelbetriebe (bis zu mehr als 500000 € Jahresgewinn) gerade mal alle 15 oder 16 Jahre geprüft.

Kleinere Betriebe haben beste Chancen, während ihres Bestehens überhaupt nie geprüft zu werden.

Dabei gehen hier nicht nur beträchtliche Steuerbeträge dauerhaft verloren, die Steuergerechtigkeit im Vergleich zum Lohnsteuerzahler wird mit Füßen getreten.

Wenn Herr Krahwinkel meint, manche Mehreinnahmen seien nur Verschiebungen, dann mag das gelegentlich durchaus so sein.

Nun ich als Arbeitnehmer würde auch gerne einen Teil meiner Steuerschuld um 10 oder noch mehr Jahre zinslos verschieben, die Lohnsteuerzahler bekommen aber ihre Steuer gar nicht erst ausbezahlt- nix ist es mit Verschieben. Und wenn es möglich wäre? Bei mir wären das vielleicht ein paar Tausend Euro. Bei den Betrieben, von denen Herr Krahwinkel spricht, geht es um zig ja um hunderte Millionen Jahr für Jahr.

Natürlich will er als Beschützer seiner Klientel keine zusätzlichen Betriebsprüfer.

Wenn er deshalb von 1000 zusätzlichen Stellen für die Steuerverwaltung spricht, ist das auch nur die halbe Wahrheit.

500 neue Stellen sollen bis zum Ende dieser Wahlperiode geschaffen werden – hoffentlich dauerhaft. Da wir unsere Leute aber selbst ausbilden müssen, bedarf es natürlich auch zusätzlicher Stellen für Auszubildende, das sind dann die zweiten 500, aber diese werden eben nur für die Dauer der Ausbildung, also für 3 Jahre, eingerichtet und nicht dauerhaft.

Das Argument mit dem Länderfinanzausgleich darf natürlich nicht fehlen. Über die Berechnung und die Angemessenheit dieser Ausgleichszahlungen mag man ja streiten. Tatsache ist, dass unser Grundgesetz einen Ausgleich vorschreibt. Wenn einem dieser Modus nicht

gefällt, ist das noch lange kein Grund, eine verfassungs- und gesetzeswidrige Besteuerung zu fordern.

Schon bevor die CDU-FDP-Koalition ab 1997 begonnen hat, 2000 Stellen (12 % des Personals) in der Steuerverwaltung abzubauen, rangierte Baden-Württemberg bei der Personalausstattung im bundesweiten Vergleich immer auf einem der beiden letzten Plätze. Dabei erfolgt die Berechnung im Verhältnis zur Einwohnerzahl, realistischer Weise müsste unter Berücksichtigung der Wirtschaftskraft des Landes unsere Personalausstattung sogar überdurchschnittlich sein.

Und nun nochmals zu den Beamtenpensionen.

Diese sind Teil eines „Gesamtvertrags“ über eine komplette Lebensarbeitszeit. Geringe Einstiegsgehälter, langsamer Zuwachs, Versorgung bei Krankheit und im Alter unter Verzicht auf Arbeitnehmerrechte bei entsprechenden Einschränkungen durch das Beamtenrecht sind nur akzeptabel, wenn die Vereinbarung dann auch seitens des Dienstherrn bis zum Ende eingehalten werden.

Wer die Pensionen von Landesbeamten, von denen annähernd 90 % Universitäts- oder Fachhochschulabschlüsse für ihren Beruf und ihre hochkarätige Ausbildung brauchen, mit der Durchschnittsrente vergleicht, begeht zumindest einen Denkfehler.

Wenn dieser Vergleich zwischen zwei Systemen gezogen werden soll, dann muss man sich bei den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft auf diejenigen mit vergleichbarer Qualifikation und Ausbildung beschränken, also auf Ingenieure, Betriebs- und Volkswirte, Juristen u.v.a. Legt man dann deren Altersversorgung (Rente, Betriebsrente, Pensionsvereinbarungen) zu Grunde, wird das Ergebnis nicht zugunsten der Beamten ausfallen.

Im Gegensatz zu anderen Beamten sehen Steuerbeamte, wer wo was und wie viel verdient und welche Altersversorgung am Ende besteht, uns macht man da nichts vor.

Wenn Herr Krahwinkel solche Vergleiche braucht, dann soll er sie sorgfältig erstellen, ansonsten ist das für mich nur böswilliges Polemisieren.

Vor vierzig, fünfzig Jahren, als es in Deutschland noch richtig boomte, das deutsche Wirtschaftswunder unendlich erschien, wurde jeder, der in den öffentlichen Dienst ging, als ängstlich und dumm hingestellt, weil er auf ein deutlich höheres Einkommen in der freien Wirtschaft zu Gunsten einer höheren Sicherheit verzichtete. Vor ca. zehn Jahren, bei zeitweise fünf Millionen Arbeitslosen, keinem Wirtschaftswachstum und dem Risiko für viele in der Wirtschaft, arbeitslos zu werden, haben die Beschäftigten in der Wirtschaft den Staat als Schuldigen und die öffentlichen Bediensteten, im Gegensatz zur Einschätzung bis vor zwanzig Jahren, als die großen Gewinner der letzten fünfunddreißig Jahre ausgemacht. Sie verdienten zu viel, Ihre Pensionen waren viel zu hoch und ihre Privilegien waren unermesslich.

Heute gehen diese Leute in den Ruhestand und wollen die Pension, die man ihnen vor 40 oder 45 Jahren zugesagt, für die man aber keine Rücklagen gebildet hat - ja nicht einmal die Beträge wurden zurückgelegt, die man den Beamten gekürzt hat.

Was einem Unternehmer passiert, der für seine Pensionszusagen an Angestellte keine Rücklagen bildet, weiß vielleicht sogar Herr Krahwinkel.